



Satzung des Deutschen Kinderschutzbundes Landesverband Berlin e.V.

§1 Name, Sitz und Geschäftsjahr

- (1) Der Verein führt den Namen "Deutscher Kinderschutzbund Landesverband Berlin e.V.", kurz "DKSB LV Berlin e.V.", nachfolgend Landesverband genannt.
- (2) Der Verband hat seinen Sitz in Berlin und ist eingetragen beim Amtsgericht Berlin Charlottenburg.
- (3) Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§2 Zweck

- (1) Der Landesverband verfolgt selbst unmittelbar die gemeinnützigen Zwecke Bildung und Erziehung sowie die Förderung der Jugendhilfe. Er setzt sich ein für
 - die Verwirklichung der im Grundgesetz verankerten Rechte für Kinder und Jugendliche und die Umsetzung des UN-Übereinkommens über die Rechte des Kindes,
 - den Schutz der Kinder vor Ausgrenzung, Diskriminierung und Gewalt jeder Art,
 - soziale Gerechtigkeit für alle Kinder,
 - die Verwirklichung einer kinderfreundlichen Gesellschaft,
 - die Förderung und Erhaltung einer kindgerechten Umwelt,
 - die Förderung der geistigen, psychischen, sozialen und körperlichen Entwicklung der Kinder; dabei werden die unterschiedlichen genderspezifischen Lebenssituationen besonders berücksichtigt,
 - eine dem Entwicklungsstand von Kindern und Jugendlichen angemessene Beteiligung bei allen Entscheidungen, Planungen und Maßnahmen, die sie betreffen,
 - kinderfreundliches Handeln der einzelnen Menschen und aller gesellschaftlichen Gruppen.

Gemäß der UN-Konvention über die Rechte des Kindes ist ein Kind jeder Mensch, der das achtzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet hat.

- (2) Der Landesverband will diese Ziele erreichen, indem er im Bereich des Bundeslandes Berlin insbesondere
 - die öffentliche Meinung und das soziale Klima durch seine Öffentlichkeitsarbeit beeinflusst,
 - Politik und Verwaltung zu kinderfreundlichen Entscheidungen auffordert und bei der Planung und Durchsetzung solcher Entscheidungen berät,
 - verantwortliches Handeln der Wirtschaft und der Medien gegenüber Kindern einfordert und mit ihnen und in Abstimmung mit dem Bundesverband bei der Planung und Herstellung kindgerechter Produkte zusammenarbeitet,
 - vorbeugend aufklärt und berät, beispielsweise durch Fachberatungen, Supervisionen u.ä.,
 - Einrichtungen und Projekte der Kinder- und Jugendhilfe errichtet und betreibt,
 - Maßnahmen zum Schutz gefährdeter Kinder ergreift oder veranlasst,
 - mit in Berlin tätigen Organisationen gleicher oder ähnlicher Zielsetzung soweit möglich zusammenarbeitet,
 - im Rahmen von Einrichtungen und Projekten Mittel zur Verfügung stellt, die zum Zwecke der Förderung der Partizipation von Kindern und Jugendlichen von diesen selbständig und eigenverantwortlich eingesetzt und verwaltet werden,

- Informationsmaterial und Publikationen erstellt, herausgibt und vertreibt,
- Fortbildungsveranstaltungen, Tagungen und Kongresse durchführt,
- Mittel für die Verwirklichung der Verbandszwecke und die Förderung besonderer Aktivitäten einwirbt.

(3) Der Landesverband ist überparteilich und überkonfessionell.

§3 Gemeinnützigkeit

(1) Der Landesverband verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung in der jeweils gültigen Fassung.

(2) Der Landesverband ist selbstlos tätig. Er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

(3) Die Mittel des Landesverbands dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Verbandes. Bei ihrem Ausscheiden oder bei Auflösung oder Aufhebung des Verbandes dürfen sie keine Anteile des Verbandsvermögens erhalten. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Verbandes fremd sind, oder durch unverhältnismäßige hohe Vergütungen begünstigt werden.

§4 Verbandsmitgliedschaft, Schiedsgericht

(1) Der Landesverband ist Mitglied im Deutschen Kinderschutzbund Bundesverband e.V. Für den Landesverband sind die Bestimmungen der §§ 6,11 und 22 der Satzung des Deutschen Kinderschutzbundes Bundesverband e.V. und die vom Deutschen Kinderschutzbund e.V. erlassene Schiedsgerichtsordnung verbindlich.

(2) Auf alle Streitigkeiten zwischen Mitgliedern des Landesverbandes oder zwischen seinen Organen, oder zwischen Mitgliedern des Landesverbandes einerseits und seinen Organen andererseits findet die Schiedsgerichtsordnung des Deutschen Kinderschutzbundes Bundesverband e.V. Anwendung, die Bestandteil dieser Satzung ist.

(3) Um ein einheitliches Vorgehen der Mitglieder des Deutschen Kinderschutzbundes Bundesverband e.V. zu gewährleisten, sind der Verband und seine Mitglieder verpflichtet, bei der inhaltlichen Arbeit die Beschlusslage und die Richtlinien des Deutschen Kinderschutzbundes Bundesverband e.V. in der jeweils gültigen Fassung zu beachten.

(4) Der Landesverband gewährt dem Deutschen Kinderschutzbund Bundesverband e.V. oder einem*einer von ihm beauftragten Dritten auf Verlangen Einsicht in alle Bücher und Geschäftsunterlagen. Er unterrichtet den Deutschen Kinderschutzbund Bundesverband e.V. unverzüglich über alle wesentlichen Vorkommnisse und Absichten des Landesverbandes. Die Problemlösung erfolgt jeweils in enger Zusammenarbeit mit dem Deutschen Kinderschutzbund Bundesverband e.V. Als wesentliche Vorkommnisse gelten insbesondere

- drohende Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung,
- Rechtsstreitigkeiten,
- Vollstreckungsmaßnahmen,
- Vermächtnisse und Erbschaft mit einem Wert von über 100.000,- EUR im Einzelfall,
- Ereignisse, die zu einer Schädigung des Rufes des DKSB in der Öffentlichkeit führen können.

- (5) Alljährlich sind dem Deutschen Kinderschutzbund Bundesverband e.V. der Jahresbericht und der Jahresabschluss für das vorangegangene Kalenderjahr vorzulegen; der Bericht der Kassenprüfung bzw. der Wirtschaftsprüfung ist alljährlich zu übersenden. Die Namen und Adressen der in den Landesvorstand gewählten Mitglieder sind dem Deutschen Kinderschutzbund Bundesverband e.V. mitzuteilen.
- (6) Der Landesverband ist berechtigt, für die Dauer der Mitgliedschaft im Deutschen Kinderschutzbund Bundesverband e. V. den Namen und das Logo des Deutschen Kinderschutzbundes im Rahmen von Werbemaßnahmen und Sponsorenverträgen zum Zwecke der Einwerbung von Drittmitteln für die satzungsmäßigen Zwecke und unter Berücksichtigung der Beschlüsse und Richtlinien des Deutschen Kinderschutzbundes Bundesverband e.V. zu verwenden.
Werbemaßnahmen, Sponsorenverträge und ähnliche Abreden, mit denen Dritten die Verwendung des Namens und des Logos gestattet wird, sind auf das Land Berlin zu beschränken und bedürfen der vorherigen Zustimmung des Deutschen Kinderschutzbundes Bundesverband e.V.

§5 Mitgliedschaft

- (1) Die Mitgliedschaft im Verein kann erworben werden von
 - a) natürlichen Personen,
 - b) juristischen Personen.
 Bei Minderjährigen ist die Zustimmung der Erziehungsberechtigten erforderlich.
- (2) Die Mitgliedschaft in oder die Unterstützung von Parteien und Verbänden, die offen oder versteckt rassistische, diskriminierende, antisemitische oder ausländerfeindliche Ziele verfolgen oder sich in diesem Sinne äußern, sowie Hass und Gleichgültigkeit gegenüber Benachteiligten und Minderheiten schüren und/oder sexuelle oder körperliche sowie psychische Gewalt gegen Kinder in jedweder Form billigen oder diese zu fördern versuchen, ist mit einer Mitgliedschaft im DKSB unvereinbar.
- (3) Über den schriftlichen Aufnahmeantrag entscheidet in Zweifelsfällen der Vorstand. Das Ergebnis der Entscheidung wird den Bewerber*innen schriftlich mitgeteilt. Gegen eine ablehnende Entscheidung kann der*die Bewerber*in innerhalb eines Monats nach Zugang der Entscheidung Berufung zur nächsten ordentlichen Mitgliederversammlung eingelegt; diese entscheidet endgültig über die Aufnahme.
- (4) Auf Beschluss der Mitgliederversammlung können Mitglieder, die sich um die Aufgaben und Ziele des Verbandes besonders verdient gemacht haben, zu Ehrenmitgliedern ernannt werden.

§6 Beiträge

- (1) Die Mitglieder sind verpflichtet, jährliche Mitgliedsbeiträge zu leisten. Der Beitrag ist bis zum 31.3. eines jeden Jahres zu zahlen.
- (2) Über die Höhe des Jahresmindestbeitrages beschließt die Mitgliederversammlung unter Beachtung des von der Mitgliederversammlung des Deutschen Kinderschutzbundes Bundesverband e. V. beschlossenen bundeseinheitlichen Jahresmindestbeitrages. Der Vorstand kann in begründeten Fällen Beiträge ganz oder teilweise stunden oder erlassen.
- (3) Mitglieder, die ihrer Beitragspflicht trotz zweimaliger schriftlicher Mahnung innerhalb der gesetzten Frist nicht nachgekommen sind, können aus dem Verein ausgeschlossen

werden. Über den Ausschluss entscheidet der Vorstand. Bis zur Entrichtung des ange-
mahnten Betrages ruhen die Rechte aus der Mitgliedschaft ab Verzug.

- (4) Ehrenmitglieder sind von der Beitragspflicht befreit.

§7 Beendigung der Mitgliedschaft, Ausschluss

- (1) Die Mitgliedschaft endet bei natürlichen Personen durch Tod, Austritt oder Ausschluss, bei juristischen Personen durch Auflösung, Austritt oder Ausschluss.
- (2) Der Austritt ist schriftlich zu erklären. Er kann nur zum Ende eines Kalenderjahres unter Einhaltung einer Frist von drei Monaten erfolgen.
- (3) Mitglieder, die den Interessen des Landesverbandes Berlin e.V. zuwiderhandeln, können aus dem Landesverband ausgeschlossen werden. Dies gilt insbesondere, wenn Mitglieder dieser Satzung oder Beschlüssen des Landesverbandes oder des Deutschen Kinderschutzbundes Bundesverband e.V. trotz Abmahnung zuwiderhandeln, oder wenn sie das Ansehen des DKSB in der Öffentlichkeit schädigen. Über den Ausschluss entscheidet der Vorstand, nachdem dem betroffenen Mitglied Gelegenheit zur Anhörung gegeben worden ist. Gegen die Entscheidung über den Ausschluss kann das betroffene Mitglied innerhalb einer Frist von einem Monat nach Zugang der Entscheidung Berufung zur nächsten ordentlichen Mitgliederversammlung einlegen. Die Berufung hat keine aufschiebende Wirkung.
- (4) Bei Beendigung der Mitgliedschaft sind alle Unterlagen und Gegenstände des Landesverbandes, die sich im Besitz des betreffenden Mitgliedes befinden, unverzüglich an den Vorstand oder eine*n von ihm beauftragte*n Dritten herauszugeben.

§8 Organe

- (1) Die Organe des Vereins sind:
- die Mitgliederversammlung,
- der Vorstand.
- (2) Von den Beschlüssen der Organe ist ein Ergebnisprotokoll zu fertigen, das von zwei Teilnehmer*innen, darunter der*dem Leiter*in der jeweiligen Sitzung, zu unterzeichnen ist. Die Protokolle der Mitgliederversammlung sind den Mitgliedern innerhalb von drei Monaten nach der Mitgliederversammlung zu übersenden. Protokolle gelten als genehmigt, wenn nicht innerhalb von vier Monaten nach der Mitgliederversammlung schriftlich Korrekturen beantragt wurden.

§9 Mitgliederversammlung

- (1) Der Mitgliederversammlung obliegt insbesondere:
- die Wahl der Vorstandsmitglieder,
- die Wahl der beiden Kassenprüfer*innen und deren Stellvertreter*innen;
sie dürfen nicht dem Vorstand angehören,
- die Entgegennahme des Jahresberichts,
- die Entgegennahme des Jahresabschlusses und des Haushaltsplans,
- die Entgegennahme des Kassenprüfungsberichts,
- die Entlastung des Vorstandes,
- die Beschlussfassung über Anträge stimmberechtigter Mitglieder,
- die Beschlussfassung über die Höhe des Jahresmindestbetrages,

- die Beschlussfassung über den Haushaltsplan,
 - die Beschlussfassung über Satzungsänderungen und die Auflösung des Landesverbandes.
- (2) Die Mitgliederversammlung ist vom Vorstand mindestens einmal jährlich schriftlich oder in Textform (E-Mail) mit einer Frist von vier Wochen unter Bekanntgabe der Tagesordnung einzuberufen. Anträge müssen dem Vorstand spätestens zwei Wochen vor Versammlungsbeginn schriftlich vorliegen. Über die Zulassung von Dringlichkeitsanträgen entscheidet die Mitgliederversammlung mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegeben gültigen Stimmen. Dringlichkeitsanträge sind schriftlich zu stellen.
 - (3) Jedes Mitglied hat eine Stimme. Mitglieder des Vorstandes des Deutschen Kinderschutzbundes Bundesverband e.V. haben Teilnahme, Rede- und Antragsrecht; sie sind berechtigt, diese Rechte durch schriftliche Vollmacht auf den*die Geschäftsführer*in des Deutschen Kinderschutzbundes Bundesverband e.V. zu übertragen.
 - (4) Bei Abstimmungen entscheidet die einfache Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen. Bei Stimmengleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt. Satzungsänderungen bedürfen einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen gültigen Stimmen. Anträge auf Satzungsänderung müssen den Wortlaut der beabsichtigten Änderung enthalten.
 - (5) Bei Wahlen gilt die*derjenige von mehreren Kandidat*innen als gewählt, die mehr als die Hälfte der abgegeben gültigen Stimmen erhalten hat. Ist dieser Stimmenanteil nicht erreicht worden, so erfolgt unter den beiden Kandidat*innen mit den höchsten Stimmenanteilen eine Stichwahl. Gewählt ist die*derjenige die*der nunmehr die meisten Stimmen erhält. Bei der Wahl der Beisitzer*innen und der Kassenprüfer*innen ist eine Listenwahl zulässig. Es können auf einem Stimmzettel höchstens so viele Kandidat*innen gewählt werden, wie insgesamt zu wählen sind. Ein Stimmzettel ist gültig, wenn mindestens die Hälfte der zu Wählenden aus der Vorschlagsliste gewählt ist. Gewählt sind die Kandidat*innen mit der höchsten Stimmenzahl. Bei Stimmengleichheit findet eine Stichwahl statt.
 - (6) Abstimmung und Wahlen erfolgen durch Handzeichen, wenn nicht ein anwesendes Mitglied eine geheime Abstimmung beantragt.
 - (7) Eine außerordentliche Mitgliederversammlung ist einzuberufen, wenn dies mindestens ein Viertel der stimmberechtigten Mitglieder unter Angabe von Gründen schriftlich beim Landesverband beantragt. Die Einladungsfrist für eine außerordentliche Mitgliederversammlung beträgt vier Wochen.
 - (8) Die Auflösung des Landesverbandes kann nur durch eine hierzu eigens einberufene Mitgliederversammlung beschlossen werden. Zur Annahme des Auflösungsantrages ist die Mehrheit von drei Viertel der abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich.
 - (9) Die Mitgliederversammlung wird von der*dem Vorsitzenden oder einem*einer seiner*ihrer Stellvertreter*innen geleitet, sofern nicht von der Mitgliederversammlung mit einfacher Mehrheit ein*e anderer*e Versammlungsleiter*in gewählt wird.

§10 Vorstand

- (1) Der Vorstand führt die Geschäfte des Landesverbandes. Er gibt sich eine Geschäftsordnung.
- (2) Der Vorstand besteht aus
 - Der *Dem Vorsitzenden
 - Seinem*Seiner Stellvertreter*in
 - Dem*Der Schatzmeister*in
 - Dem*Der Schriftführer*in
 - und bis zu drei Beisitzer*innen

Vorstand i.S.d. § 26 BGB sind die*der Vorsitzende, die*der Stellvertreter*in und die*der Schatzmeister*in. Vertretungsberechtigt sind jeweils zwei von ihnen gemeinsam, wobei einer die*der Vorsitzende sein soll.

- (3) Die Mitglieder des Vorstandes üben ihre Tätigkeit ehrenamtlich aus; sie haben jedoch Anspruch auf Ersatz ihrer angemessenen Auslagen. Die Vereinbarung von Vergütungen für gegenüber dem Landesverband außerhalb des Vorstandsamtes zu erbringende Leistungen der Mitglieder des Vorstandes ist nicht zulässig. Arbeitnehmer*innen des Landesverbandes können nicht Mitglied des Vorstandes sein.
- (4) Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung für die Dauer von drei Jahren gewählt. Die Mitglieder des Vorstands bleiben bis zur Durchführung einer Neuwahl im Amt. Wiederwahl ist zulässig. Der Vorstand kann eine Ergänzungswahl für die Zeit bis zur nächsten Mitgliederversammlung vornehmen; in dieser ist diese Ergänzungswahl zu bestätigen oder eine Neuwahl vorzunehmen. Die vorzeitige Abwahl des Vorstandes kann in der Mitgliederversammlung mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen und nur unter gleichzeitiger Wahl eines neuen Vorstandes für die laufende Amtsperiode vorgenommen werden.
- (5) Der Vorstand tagt bei Bedarf. Er fasst seine Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen der anwesenden Mitglieder. Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte seiner Mitglieder, unter ihnen der/die Vorsitzende oder ihr*sein Vertreter*in, anwesend ist. Eine Beschlussfassung im schriftlichen Verfahren ist zulässig.
- (6) Die Führung der laufenden Geschäfte kann einer*einem Geschäftsführer*in übertragen werden. Sie*Er nimmt an den Vorstandssitzungen mit beratender Stimme teil. Ihre*Seine Befugnisse sind durch eine vom Vorstand zu erlassende Dienstanweisung festzulegen.

§11 Kassenführung, Kassenprüfung

- (1) Die*Der Schatzmeister*in führt die Kassengeschäfte im Rahmen der gefassten Beschlüsse. Sie*Er ist verantwortlich für die Leitung des Kassenwesens, sofern die laufenden Geschäfte nicht an eine Geschäftsführung übertragen wurden.
- (2) Alljährlich hat die*der Schatzmeister*in vor der Mitgliederversammlung dem Vorstand den Jahresabschluss des vorangegangenen Geschäftsjahres vorzulegen.
- (3) Nach Abschluss eines jeden Geschäftsjahres ist der Rechnungsabschluss und die Kasse von zwei Kassenprüfer*innen, die nicht dem Vorstand angehören dürfen, zu prüfen. Sie

haben der Mitgliederversammlung über das Ergebnis ihrer Prüfung einen schriftlichen Bericht zu erstatten.

- (4) Der Vorstand ist ermächtigt, im Bedarfsfall die Prüfung eines Jahresabschlusses durch eine*n Wirtschaftsprüfer*in zu beauftragen.

§12 Auflösung

- (1) Die Auflösung des Landesverbandes erfolgt durch einen Beschluss der Mitgliederversammlung mit einer drei Viertel Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen (§ 9 Abs. 8).
- (2) Die Mitglieder des Vorstandes sind die Liquidatoren, wenn nicht die Mitgliederversammlung einen oder mehrere andere Liquidatoren bestimmt.
- (3) Im Falle der Auflösung oder Aufhebung des Landesverbandes oder bei Wegfall seines bisherigen Zweckes fällt das Vermögen des Landesverbandes an den Deutschen Kinderschutzbund Bundesverband e.V., der es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige Zwecke der Jugendhilfe zu verwenden hat.

Beschlossen auf der ordentlichen Mitgliederversammlung am 12.06.2019